

**Fragestunde
gemäß § 48 der Geschäftsordnung
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am 21.06.2018**

Alte Fragen:

Nr. 123	Ingo von Seemen L&P Dez. VII z.w.V.	<p>In der Sitzung des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr am 30.1.2018 wurde berichtet, dass der Bedarf an Studierendenwohnungen in Wiesbaden derzeit nicht vordringlich sei.</p> <p>Wie man der Homepage der Hochschule Rhein-Main entnehmen kann, stehen in Wiesbaden 948 Wohnheimplätze für Studierende bereit. Bei ca. 9.500 Studierenden insgesamt können also ca. 10 % der Studierenden mit Wohnheimplätzen versorgt werden.</p> <p>Da vermutlich mehr als 10 % aller Studierenden der HSRM nicht mehr bei den Eltern wohnen, frage ich den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wie viele weitere Studierendenwohnungen werden in Wiesbaden vorgehalten? 2. Wer bietet diese Wohnungen an? 3. Wie erfahren Studierende von diesen Wohnungen? 4. Ist deren Miethöhe mit der der Wohnheimplätze vergleichbar?
Nr. 141	Hendrik Schmehl Dez. VI i.V.m. Dez. I z.w.V.	<p>Die Hafenschule verfügt über eine Einfeld-Halle und die Erich Kästner Schule (EKS) über eine Zweifeld-Halle.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> a) Wie hoch ist gemäß der Stundentafel der Bedarf an Wochenstunden im Sportbereich an der Hafenschule und an der Erich Kästner Schule? b) Gibt es ausreichend Hallenkapazitäten im Sportbereich an der Hafenschule und an der Erich Kästner Schule um den Bedarf abzudecken? c) Wenn nicht, wie wird der anderweitig Bedarf abgedeckt? d) Wie hoch ist der Bedarf für den Vereinssport in Schierstein und rechtfertigt dieser den Bau einer 3-Felderhalle?

<p>Nr. 125</p>	<p>Dennis Volk-Borowski SPD</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Um zu den Sportanlagen auf der gegenüberliegenden Seite zu gelangen, sowie auf dem Schulweg sicher den Konrad-Adenauer-Ring überqueren zu können, nutzen die Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums am Mosbacher-Berg die neben dem Eingang der Schule gelegene Unterführung. Die erfolgte Verbesserung des Zustandes der Unterführung im Rahmen einer Projektwoche hatte nicht lange Bestand. Mittlerweile ist die Unterführung durch Farbschmierereien an den Lampen schlecht beleuchtet und erweckt insgesamt einen unsauberen Eindruck.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wer ist für die Reinigung der genannten Unterführung zuständig? 2. Wie häufig wird die genannte Unterführung gereinigt? 3. Zu welchem Zeitpunkt sind eine turnusgemäße Wiederherstellung der Beleuchtung, sowie notwendige Schönheitsreparaturen vorgesehen?
<p>Nr. 126</p>	<p>Stephan Belz SPD</p> <p>Dez. II z.w.V.</p>	<p>In einer Einladung zur Einweihung des Standorts der Stadtpolizei in der Mauritiusgalerie hieß es: „nachdem in den vergangenen Jahren sämtliche Akteure zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit aus der Innenstadt abgezogen wurden, sollen die Sicherheitsarchitektur und das Sicherheitsempfinden in der Landeshauptstadt Wiesbaden durch die Ansiedlung der Stadtpolizei im Zentrum der Wiesbadener Innenstadt nun wieder entscheidend verbessert werden.“ Anschließend wurde zu einem „kleinen Richtfest“ in eine benachbarte Restauration eingeladen.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Teilt er die Einschätzung,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. dass das 1. Polizeirevier nicht zur Innenstadt gehört? 2. dass durch die Verlagerung des Reviers um 400 Meter die Sicherheit in der Innenstadt beeinträchtigt wurde? 3. Beabsichtigt er zukünftig weitere Richtfeste von bereits fertiggestellten Gebäuden durchzuführen? 4. Ist es üblich Richtfeste an anderen Orten, jedenfalls nicht an der „Baustelle“, zu begehen?
<p>Nr. 128</p>	<p>Hartmut Bohrer L&P</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Der Hochkreisel Kastel ist ein bedeutender Knotenpunkt für den ÖPNV. Neben zahlreichen Bussen, die auch am Bahnhof Kastel halten, halten dort die hochfrequentierten Linien 6 und 9, die über die Rheinanlieger-Stadtteile mit Wiesbaden verbinden. Ein Halt für die Citybahn ist dort vorgesehen. Seit Jahren wird im Ortsbeirat angemaht, dass es keine direkte, barrierefreie Verbindung zwischen dem Busterminal Hochkreisel und den Bahnsteigen des Bahnhofs gibt. Auch ist eine barrierefreie Fahrt nach Frankfurt nicht möglich. Rolli-Fahrenden</p>

		<p>wird zugemutet, zunächst nach Wiesbaden zu fahren, wenn sie nach Frankfurt wollen.</p> <p>Wann wird endlich die erforderliche geforderte barrierefreie Verbindung zwischen dem ÖPNV-Terminal Hochkreisel und den Bahnsteigen geschaffen? Was unternimmt der Magistrat, um die in Aussicht gestellte Barrierefreiheit im Bahnhof Kastel endlich herzustellen? Was unternimmt er, um Bahnhof und Terminal benutzungsfreundlich zu gestalten bzw. gestalten zu lassen?</p>
Nr. 129	<p>Sandra Temmen SPD</p> <p>Dez. II i.V.m. Dez V z.w.V.</p>	<p>In der Online-Version einer Wiesbadener Tageszeitung vom 2.4. stand zur Personalsituation der Stadtpolizei: „Neben 20 Innendienstmitarbeitern und den zehn Stellen in der Leitstelle hat die Stadtpolizei nach der Trennung von der Verkehrsüberwachung derzeit lediglich 27 Außendienstkräfte, vier weitere sind Ende Mai mit der Ausbildung fertig. Doch bis Jahresende sollen es 51 mehr sein. Auf eine erste Ausschreibung habe es 74 Bewerber gegeben, 22 seien eingestellt und begännen demnächst die Ausbildung, berichtet Heike Paul.“</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Aus welchen Gründen hat man lediglich 22 von 74 Bewerbern eingestellt? 2. Wie lange dauert die Ausbildung? 3. Wann beginnt die nächste Ausschreibung? 4. Wie viele Stellen wurden bei der Kommunalen Verkehrspolizei ausgeschrieben? 5. Wie viele sind dort besetzt worden?
Nr. 130	<p>Anita Hebenstreit SPD</p> <p>Dez. VI z.w.V.</p>	<p>In einer Pressemeldung vom 6. März 2018 verwies Staatssekretär Mathias Samson darauf, dass bereits rund die Hälfte aller Schulen in Hessen direkt mit Glasfaser angebunden seien bzw. der Anschluss in Kürze zu erwarten sei. Jede Schule brauche schnelles Internet - als Voraussetzung für digitales Lernen sowie für zukunftsfähige Bildungsangebote.</p> <p>Zudem zeichnet sich ab, dass der Bund und das Land Hessen für den Ausbau zukünftig erhebliche Mittel zur Verfügung stellen könnten.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wie sieht die aktuelle Versorgung der Schulen mit Glasfaseranschlüssen aus (bereits angeschlossen / projiziert, getrennt nach Schulformen)? 2. Wie erfolgt die Finanzierung der Anschlüsse? 3. Wie hoch ist die Nachfrage insgesamt? 4. Gibt es „Wartelisten“? 5. Welche konkreten Hinderungsgründe gibt es in den Fällen, die noch nicht umgesetzt wurden?

<p>Nr. 131</p>	<p>Hendrik Schmehl SPD</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>In den Sommerferien soll der Autoverkehr rund um die Ringkirche in einem Modellversuch eingestellt werden.</p> <p>Mit dieser Maßnahme soll getestet werden, wie sich die Verkehrsströme bei der Realisierung dieses Vorhabens verändern würden. Währenddessen soll die frei werdende Verkehrsfläche durch diverse Veranstaltungen bespielt werden.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Trifft die Information der Ortsvorsteherin Gabriele Kammerer aus der Ortsbeiratssitzung vom 17.04.2018 zu, dass der geplante Modellversuch abgesagt worden sei, weil kein Konzept für die Bespielung der Fläche vorläge? 2. Wenn ja, <ul style="list-style-type: none"> • wer wäre aus Sicht des Magistrats für die Erstellung eines Konzeptes zuständig gewesen? • wann und auf welchem Weg sind die Zuständigen informiert worden, dass sie ein Konzept zu erstellen haben? Wann hätte dieses vorliegen sollen? • ist im Jahr 2019 mit einem Modellversuch zu rechnen? 3. Wenn nein, wie ist der aktuelle Sachstand zur Durchführung des Versuchs „Autofreie Ringkirche“?
<p>Nr. 111</p>	<p>Manuel Denzer CDU</p> <p>Dez. III z.w.V.</p>	<p>Seit Monaten, insbesondere seit dem Umzug der Sixt-Autovermietung, gleicht die Fläche am Liliencarrée zwischen Klingholzstraße und Hauptbahnhof (gemeint ist die durch folgende Geo-Koordinaten eingeschlossene Fläche: 50°04'14.2"N 8°14'33.0"E 50°04'12.5"N 8°14'34.1"E 50°04'12.2"N 8°14'32.9"E 50°04'12.9"N 8°14'32.6"E 50°04'13.0"N 8°14'33.3"E 50°04'14.1"N 8°14'32.6"E) einem PKW-Park- bzw. Halteplatz.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wer ist der Eigentümer dieser Fläche? 2. Falls die Landeshauptstadt Wiesbaden Eigentümerin der Fläche ist: Als was ist diese Fläche ausgewiesen (Parkplatz, Fußgängerzone, Straße etc.) und was wurde in den letzten Monaten gegebenenfalls unternommen, um die zweckbestimmte Nutzung dieser Fläche durchzusetzen?
<p>Nr. 133</p>	<p>Brigitte Forßbohm L&P</p> <p>Dez. IV i.V.m. Dez. VII z.w.V.</p>	<p>In der Stadtverordnetenversammlung vom 16.2.2017 wurde auf Antrag des Vorhabenträgers Herrn Wolf-Rüdiger Hammerschmidt die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans für ein „Wohnquartier Sommerstraße“ im OB Dotzheim im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB beschlossen.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p>

		<p>Welche Ergebnisse hat der Magistrat in den Verhandlungen mit dem Investor in Bezug auf einen Erschließungsplan „Wohnquartier Sommerstraße“ erlangt, mit dem Ziel, dass die herzustellenden Wohnungen mit einer in etwa gleichwertigen Belegung durch kleine und mittlere Einkommen errichtet werden?</p> <p>Wann ist mit einem Baubeginn zu rechnen? Welche Maßnahmen kann die LH Wiesbaden ergreifen, um eine zeitnahe Bebauung zu gewährleisten?</p> <p>Ist der Kauf des Grundstücks durch die LH Wiesbaden bzw. stadteneigene Wohnbaugesellschaften in Erwägung gezogen worden, falls der Vorhabenträger nicht mehr beabsichtigt, es in der vorgesehenen Weise zu bebauen?</p>
Nr. 108	<p>Karl Braun Bündnis 90/Die Grünen</p> <p>Dez. IV z.w.V.</p>	<p>Am 12.12. wurde öffentlich bekannt, dass die BIMA den Verkaufspreis für die Konversionsfläche des American Arms deutlich nach oben treiben möchte. Demnach soll der Kaufpreis von 800 €/m² in 2015 nun auf 1.500 €/m² ansteigen.</p> <p>Die Bundesregierung äußert aber auch: „In den vergangenen Jahren sei ein massiver Nachholbedarf entstanden, insbesondere im sozialen, bezahlbaren Wohnungsbau. Diese Wohnungslücke ist nicht auf einzelne Städte oder Regionen beschränkt, sondern sie ist bundesweit sichtbar. Deshalb besteht für den Bund Handlungsbedarf“. Demnach sieht sich der Bund in der Pflicht, zusätzlichen Wohnraum - insbesondere sozialen Wohnraum - zu schaffen.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wie bewertet er die Kostenexplosion beim American Arms? 2. Ist der BIMA bekannt, dass die kaufende SEG als kommunale Gesellschaft gemäß Kooperationsvereinbarung verpflichtet ist, 30% geförderten Wohnraum zu schaffen? 3. Welche Möglichkeiten sieht der Magistrat zur Einflussnahme auf die Preisgestaltung der BIMA?

Neue Fragen:

Nr. 135	<p>Christian Bachmann FW/BLW</p> <p>Dez. IV i.V.m. Dez. III z.w.V.</p>	<p>Viele Städte im Ruhrgebiet haben Probleme, Handwerker und Baufirmen für Aufträge zu finden. Oft bewerben sich wenige oder gar keine Firmen bei öffentlichen Ausschreibungen und wichtige städtische Bauvorhaben verzögern sich. Dementsprechend verteuern sich die Projekte, damit diese zeitnah verwirklicht werden können. Ich frage den Magistrat:</p>
----------------	--	--

		<p>1. Gibt es auch in der Landeshauptstadt Wiesbaden entsprechende Probleme, die dazu führen, dass für unsere kommunalen Bauvorhaben kaum oder keine Auftragnehmer zu finden sind?</p> <p>2. Ist aufgrund dieser Situation mit Mehrkosten für aktuelle/geplante Bauvorhaben zu rechnen und wurde/wird diese Preisentwicklung in den Planungen im Vorfeld mit einbezogen?</p> <p>3. Welche Möglichkeiten sieht der Magistrat dieser Problematik entgegenzuwirken?</p>
Nr. 136	<p>Sarah Weinerth CDU</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Dem WK vom 11.05.2018 ist zu entnehmen, dass seit vergangenem Dezember neue Regelungen zur Straßenmusik gelten. Anstatt wie bisher zwischen 8 und 20 Uhr, dürfen Straßenmusiker nur noch zwischen 11 bis 18 Uhr musizieren. Immer wieder ist es in der Vergangenheit in der Fußgängerzone zu Interessenkonflikten hauptsächlich zwischen Geschäftseinhabern und Straßenmusikern gekommen. Nach wie vor besteht der Eindruck, dass Straßenmusik in Wiesbaden häufig in jedweder Frequenz und Lautstärke ungeahndet toleriert wird.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wie wird gewährleistet, dass Straßenmusiker von der neuen Regelung in Kenntnis gesetzt werden? 2. Wie schätzt der Magistrat die Wirkung einer verkürzten Spielzeit auf das regelwidrige Nutzen von Verstärkern und lautem Schlagwerk etc. ein? 3. Auf welcher Grundlage wurde die Entscheidung getroffen, das Musizieren von 11 bis 18 Uhr zu beschränken? Wurden betroffene Geschäftseinhaber vorab befragt, welche Probleme und Lösungen sie in Sachen „Straßenmusik“ sehen?
Nr. 137	<p>G. Schuchalter-Eicke Grüne</p> <p>Dez. VII z.w.V.</p>	<p>Soweit presseöffentlich bekannt, bängen die Bewohnerinnen und Bewohner der Idsteiner und Thaerstraße auf Grund des Sanierungsvorhabens der GWW um ihre angestammten Wohnungen. Sowohl die geplanten Wohnungszuschnitte als auch der Umstand, dass viele Eigentumswohnungen geschaffen werden sollen, treiben die BewohnerInnen in Sorge. Nach unserer Kenntnis wurde durch die Mieterschaft eine öffentliche Informationsveranstaltung gefordert, welche aber seitens der GWW abgelehnt wurde.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Welche Maßnahmen hat die GWW bisher durchgeführt, um die individuellen Sorgen und Wünsche der Bewohnerinnen und Bewohner zur Baumaßnahme in Erfahrung zu bringen? 2. Welche Maßnahmen werden noch beabsichtigt?

		<p>3. Hält der Magistrat eine öffentliche Informationsveranstaltung in diesem Zusammenhang für geeignet, um die Bewohnerinnen und Bewohner direkt anzusprechen und alle auf den gleichen Sachstand zu bringen?</p>
Nr. 138	Frage wurde zurückgezogen	
Nr. 139	<p>Denis Seldenreich AfD</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Bei einer Expertenrunde des Lilienjournals (Heft 16/2018), erklärte Herr Kowol, er ginge davon aus, mit dem Austausch von Diesel- durch E-Busse in 4 Jahren rund 10 Prozent der Stickoxid-Werte zu reduzieren und deutlich unter den heutigen Wert von 50 Mikrogramm zu kommen.</p> <p>Frau Dr. Mang aus dem hess. Umweltministerium erklärte in der Runde, dass die Grundbelastung im Rhein-Main-Gebiet durch Haushalte, Industrie, Flugzeuge „schon drei Viertel des Grenzwertes ausschöpft“. Also 30 von erlaubten 40 $\mu\text{g}/\text{m}^3$. Zurzeit verursacht der Straßenverkehr also 20 der gemessenen 50 $\mu\text{g}/\text{m}^3$.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Hält der Dezernent eine Senkung der 20 $\mu\text{g}/\text{m}^3$ um 10 Prozent, also gerade einmal 2 Mikrogramm, für eine deutliche Senkung? 2. Bezieht der Dezernent die 10 Prozent auf die gesamte NO₂-Belastung inklusive Grundbelastung, obwohl nur der verkehrsbezogene Anteil durch E-Busse beeinflussbar wäre? 3. Hält der Dezernent diese Rechnung angesichts der hohen Ausfallquote von E-Bussen für realistisch?
Nr. 140	<p>Dr. Klaus Lork AfD</p> <p>Dez. V i.V.m. Dez. I z.w.V.</p>	<p>Wie der Presse zu entnehmen war, plant die ESWE bis Oktober 2018 die Einrichtung von weiteren 20 öffentlichen Ladesäulen mit je zwei Ladeplätzen für Elektrofahrzeuge im Stadtgebiet, an denen die Ladezeit tagsüber auf 2 Stunden limitiert sein wird. Bisher betreibt die ESWE bereits 11 öffentliche Ladepunkte im Stadtgebiet.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wie hoch ist die Auslastung der bisher bestehenden 11 Ladepunkte im Tagesdurchschnitt? 2. Wie viele E-Fahrzeuge fahren die 11 Ladepunkte täglich im Durchschnitt an? 3. Welche Ladepunkte werden am häufigsten angefahren? 4. Zu welchen Uhrzeiten ist die Auslastung der bestehenden Ladepunkte am höchsten und zu welchen am niedrigsten?

		<p>5. Welche Erkenntnisse gibt es zur durchschnittlichen Verweildauer der ladenden Fahrzeuge an den bisher bestehenden Ladepunkten?</p> <p>6. Handelt es sich bei den Nutzern in der Mehrzahl um Anwohner?</p>
Nr. 124	<p>Simon Rottloff SPD</p> <p>Dez. VII z.w.V.</p>	<p>Die seit 1975 auf zwei Standorte verteilte Freiherr-vom-Stein-Schule wird voraussichtlich ab Sommer 2018 in einem Neubau an ihrem neuen Standort in der Ludwig-Beck-Straße beheimatet sein. Vor etwa einem Jahr war der Lokalpresse zu entnehmen (WK 20.04.17), dass die Biebricher Freiherr-vom-Stein-Schule vom Schuljahr 2018/19 an auch ein Angebot Betreuende Grundschule erhalten soll.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Startet die Betreuende Grundschule an der Freiherr-vom-Stein-Schule zum Schuljahresbeginn 2018/2019? 2. Welche Haushaltsmittel werden hierfür bereitgestellt? 3. Mit welchen personellen Ressourcen wird die Betreuende Grundschule an der Biebricher Grundschule ausgestattet sein? 4. Wie wird sich die Betreuungssituation im Grundschulkinderbereich hierdurch verändern?
Nr. 142	<p>Claudia Spruch</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Gerade an sonnigen Tagen ist der Freizeitpark Alter Friedhof ein beliebtes Ziel für Menschen, die Erholung suchen. Anwohner können hiervon nur träumen. Vermehrt wird auch jenseits der Grillplätze wild gegrillt. Die Rauchbelastung ist so stark, dass Anwohner - trotz schönen Wetters - nicht mehr im eigenen Garten sitzen möchten. Auch die Musik, die aus lautstarken Anlagen abgespielt wird (teilweise durch Generatoren betrieben), trägt ihren Teil hierzu bei. Der Müll stapelt sich an den Mülltonnen und Gehwegen innerhalb des Freizeitparks, die Einfahrten der Anwohner werden zugeparkt und Fahrbahnen beim Be- und Entladen des Party- und Grillequipments blockiert.</p> <p>Der Magistrat möge Auskunft erteilen, wie das die Anlage bewirtschaftende Amt gedenkt, die teils chaotischen Zustände im und um den Freizeitpark herum wieder in den Griff zu bekommen?</p>
Nr. 143	<p>Dr. Bernd Wittkowski CDU</p> <p>Dez. III z.w.V.</p>	<p>Vom 25. Mai bis 3. Juni fand die 58. Ausgabe des Hessentags in Korbach statt. Die alljährlich wiederkehrende Veranstaltung bietet den verschiedenen hessischen Regionen die Möglichkeit, sich und ihre spezifischen Besonderheiten vorzustellen. Daneben beinhaltet das Programm Musik von internationalen Künstlern und die Landesausstellung, in der sich u.a. die Hessische Landesregierung und -behörden sowie Organisationen und Verbände präsentieren.</p>

		Wie bewertet der Magistrat den Vorschlag, den Stellenwert als Landeshauptstadt hervorzuheben, indem Wiesbaden, wie andere Touristikstädte auch, mit einem eigenen Stand im Rahmen der Landesausstellung teilnimmt?
Nr. 144	Mechthilde Coignè L&P Dez. V z.w.V.	Die positive NKU für die Citybahn beinhaltet auch die Strecke Bad Schwalbach-Wiesbaden. Mit der Realisierung des ersten Abschnitts der Citybahn zwischen Hochschule und Rheinbrücke würde die Nutzung der bestehenden Trasse der Aartalbahn eine zusätzliche Chance bedeuten. Welche Voraussetzungen könnten wie schnell geschaffen werden, um die Aartalbahn zu reaktivieren? Welche Mittel sind dafür notwendig? Wie wurden die in den Haushalten 2015 bis 2018 bereit gestellten Mittel für die NTB bzw. Aartalbahn verwendet?
Nr. 145	Hartmut Bohrer L&P Dez. VI z.w.V.	Die Beratung und Beschlussfassung der Sitzungsvorlage (SV) "Hafenschule - Vorstellung der Machbarkeitsstudien zur Umsetzung der Erweiterung", die im Sept. 2014 im Ortsbeirat beraten und mit einem Votum versehen wurde, wurde vom Magistrat am 21. Oktober 2014 von der Tagesordnung abgesetzt und "bis zur Wiederanmeldung zurückgestellt". Für wann ist die Wiederanmeldung dieser SV geplant? Wann sollen die Ausschüsse und die Stadtverordnetenversammlung die Vorlage beraten und über sie beschließen, um auf dieser Grundlage die weiteren Planungen für die dringliche Erweiterung der Hafenschule und die Sanierung der beiden betroffenen Schulen durchzuführen? Wie ist der Zeitplan für die Realisierung? Wie haben sich die 2014 geschätzten Kosten für die geplante Erweiterung bzw. die Sanierungen der beiden Schulen gegenüber 2014 verändert? Wie sieht die Schätzung für getrennte Lösungen für beide Schulen aus? Wie bei einer Verlagerung der Hafenschule auf das Gelände der Erich Kästner-Schule?
Nr. 146	Brigitte Forßbohm L&P Dez. IV z.w.V.	Die Stadtverordnetenversammlung hat am 9.3.2018 das so genannte „fortgeschriebene Nutzungskonzept“ für die Liegenschaft „American Arms Hotel“ zur Kenntnis genommen. Es sieht vor, den ursprünglich geplanten Anteil von Eigentumswohnungen zu erhöhen und den Bau von Studentenwohnungen „nachrangig“ zu betrachten. Für die ca. 35 geplanten geförderten Wohnungen gewährt die BImA Kaufpreisabschläge für das Grundstück von 25.000 Euro pro Wohneinheit. Ich frage den Magistrat: Welche Kaufpreisabschläge gewährt die BImA für studentisches Wohnen

		<p>a) im Falle von Einzelappartements</p> <p>b) im Falle von studentischen Wohngemeinschaften?</p>
Nr. 147	<p>Ingo von Seemen L&P</p> <p>Dez. II z.w.V.</p>	<p>In den Helios Horst-Schmidt-Kliniken wurden im Jahr 2016 zwei Intensivstationen zusammengelegt. Wie der Presse entnommen werden konnte, war diese Zusammenlegung Teil eines neuen medizinischen Konzepts, zu dem auch die Einrichtung einer neuen Klinik für Intensivmedizin an der HSK gehört.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wie hoch ist die derzeitige Anzahl der physischen Intensivbetten inklusive Überwachungsbetten und deren tatsächliche Auslastung? 2. Ist die Kapazität der Intensivpflegebetten damit wieder auf dem Stand, der beim Übergang der Anteile von Rhön zu Helios vorhanden war? 3. Wie sieht die aktuelle Situation auf der Kinderintensivstation aus?
Nr. 148	<p>Alexander Winkelmann FDP</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Die Landeshauptstadt Wiesbaden und ihre städtischen Gesellschaften betreiben viele Dienstfahrzeuge. Diese erhalten zum Teil Ausnahmegenehmigungen, um die Innenstadt zu befahren oder auf Flächen zu parken, die normalerweise dem absoluten Halteverbot unterliegen. In letzter Zeit war es besonders auffällig, dass diese Ausnahmegenehmigungen für Parken im Halteverbot genutzt wurden. So wurden bei der Werbeveranstaltung zur Citybahn am 07.06.18 im Rhein-Main-Congress-Center demonstrativ mehrere Dienstlimousinen direkt vor den Eingang des RMCC geparkt, obwohl im Umfeld ausreichend Parkplätze frei waren.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Auf welcher Rechtsgrundlage werden solche Ausnahmegenehmigungen erteilt? 2. Wie viele Fahrzeuge der Landeshauptstadt Wiesbaden haben eine solche Ausnahmegenehmigung? 3. Hält der Magistrat die Nutzung der Ausnahmegenehmigung auch im Hinblick auf seine Vorbildfunktion für sinnvoll, wenn ausreichend andere freie Parkplätze im nahen Umfeld zur Verfügung stehen?
Nr. 149	<p>Andrea Lohrmann FDP</p> <p>Dez. VI z.w.V.</p>	<p>Während der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates Rheingauviertel/Hollerborn am 22. August 2017 wurde dem Ortsbeirat von Seiten des Schulamtes (vertreten durch Herrn Römer) zugesagt, die Kellerräume der Friedrich-von-Schiller-Schule auf das Vorhandensein von Schimmelsporen zu testen. Der modrige Geruch hatte in der Vergangenheit immer wieder Anlass zu Beschwerden gegeben</p>

		<p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wann und mit welchem Ergebnis Tests im Altbau der Friedrich-von-Schiller-Schule zur Feststellung von Schimmelsporen stattgefunden haben? 2. Welche Gründe vorliegen, falls die Tests noch nicht durchgeführt wurden? 3. Welche Maßnahmen sich ggf. daraus ableiten und bis wann diese durchgeführt werden sollen? 4. Ob hinsichtlich einer vermuteten Schimmelsporenbelastung gesundheitliche Auswirkungen auf die Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrkräfte auszuschließen sind? 5. Welche Position bzw. Priorität die Friedrich-von-Schiller-Schule auf der aktuellen Schulbauliste einnimmt?
<p>Nr. 150</p>	<p>Thomas Preinl LKR&ULW</p> <p>Dez. VI z.w.V.</p>	<p>Bei der Präsentation des Haushaltes 2018/19 wurde eine Präsentation des Schuldenstandes der LHW für die Jahre 2011 bis 2019 vorgelegt. Dieser Präsentation ist zu entnehmen, dass die Gesamtverschuldung von 2011 von 369,4 M € auf einen Stand von 359,9 M € in 2017 leicht absinkt. Trotz der guten Konjunkturlage soll aber der Gesamtschuldenstand in den Haushaltsjahren 2018/19 von 382,6 M € auf 397,9 M € stark anwachsen.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1.) Wieso wird trotz Rekordeinnahmen ein steigender Gesamtschuldenstand durch den Magistrat geplant beziehungsweise hingenommen und wie wird dieses Vorgehen begründet? 2.) Beabsichtigt der Magistrat zur Entlastung der kommenden Generationen den Gesamtschuldenstand mittelfristig abzubauen? <ol style="list-style-type: none"> a) Wenn ja - durch welche konkreten (Einspar-)Maßnahmen soll dies sichergestellt werden? b) Wenn nein - wie erklärt der Magistrat den künftigen Generationen von Wiesbadnern, dass trotz sehr guter Konjunkturlage ein stetig wachsender Schuldenberg hinterlassen wird?